

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 298

Institutionen und wirtschaftliche Entwicklung

Von

**Thomas Apolte, Horst Brezinski, Herbert Brücker,
Martin Leschke, Hans G. Nutzinger, Werner Pascha,
Philipp J. H. Schröder, Margot Schüller, Theresia Theurl,
Stefan Voigt, Uwe Vollmer, Dirk Wentzel**

Herausgegeben von

Thomas Eger



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 298

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 298

Institutionen und
wirtschaftliche Entwicklung



Duncker & Humblot · Berlin

Institutionen und wirtschaftliche Entwicklung

Von

Thomas Apolte, Horst Brezinski, Herbert Brücker,
Martin Leschke, Hans G. Nutzinger, Werner Pascha,
Philipp J. H. Schröder, Margot Schüller, Theresia Theurl,
Stefan Voigt, Uwe Vollmer, Dirk Wentzel

Herausgegeben von

Thomas Eger



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2003 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0505-2777

ISBN 3-428-11361-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Vorwort

Der Ausschuss für Wirtschaftssysteme und Institutionenökonomik des Vereins für Socialpolitik hielt seine 34. Jahrestagung vom 15. bis 17. September 2002 in Kühtai / Tirol zum Rahmenthema „Institutionen und wirtschaftliche Entwicklung“. Der vorliegende Sammelband enthält die überarbeiteten Fassungen aller Referate sowie die schriftlichen Ausarbeitungen der meisten Korreferate.

Besonderen Dank schulde ich Sina Imhof, Sarah Kuhn, Björn Schallock und Eva-Maria Steiger (Universität Hamburg) sowie Heike Frank (Verlag Duncker & Humblot) für ihre zuverlässige Unterstützung bei der Erstellung der endgültigen Druckvorlagen.

Hamburg, im Juni 2003

Thomas Eger

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Von <i>Thomas Eger</i> , Hamburg	9
--	---

Erster Teil

Theoretische Konzepte und empirische Befunde

Der Einfluss von Institutionen auf den Wohlstand und das Wachstum. Eine empirische Analyse für die 90er Jahre

Referat von <i>Martin Leschke</i> , Bayreuth	23
Korreferat von <i>Horst Brezinski</i> , Freiberg	57

Versprechen glaubhaft machen – zwei neue Indikatoren zur Messung von Justizabhängigkeit

Referat von <i>Stefan Voigt</i> , Kassel	59
Korreferat von <i>Werner Pascha</i> , Duisburg	85

Wirtschaftliche Entwicklung und Selbstregulierung

Referat von <i>Dirk Wentzel</i> , Pforzheim	91
Kommentar von <i>Hans G. Nutzinger</i> , Kassel	125

Externe Konditionalität und weiche Budgetrestriktionen: Eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der EU-Osterweiterung

Referat von <i>Herbert Brücker</i> , Berlin, und <i>Philipp J. H. Schröder</i> , Aarhus	129
Korreferat von <i>Thomas Apolte</i> , Münster	159

Zweiter Teil

Institutionen des Finanzsektors, Kapitalallokation und wirtschaftliche Entwicklung

Finanzintermediation und wirtschaftliche Entwicklung

Referat von <i>Uwe Vollmer</i> , Leipzig	165
--	-----

Der institutionelle Wandel der Finanzintermediation in der VR China	
Referat von <i>Margot Schüller</i> , Hamburg	183
Internationale Finanzmarktregulierung: Begründung und Institutionalisierung	
Referat von <i>Theresia Theurl</i> , Münster	219
Zu den Autoren	239

Einleitung

Von *Thomas Eger*, Hamburg

Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Institutionen und wirtschaftlicher Entwicklung ist keineswegs neu, sondern wurde bereits durch einen der Gründungsväter der Wirtschaftswissenschaften, Adam Smith, vor über 200 Jahren thematisiert. Doch mit der Entwicklung der Neoklassik hat sich bei den Wirtschaftswissenschaften im 19. und 20. Jahrhundert eine Denkrichtung als „Mainstream“ durchgesetzt, die gerade nicht an spezifischen Institutionen interessiert war, sondern die vielmehr auf deduktivem Wege allgemeine ökonomische Gesetzmäßigkeiten herleiten wollte, die unabhängig von Raum und Zeit gültig sind. Kritiker, wie insbesondere Vertreter der neueren und jüngeren historischen Schule in Deutschland sowie des amerikanischen Institutionalismus, die sich an den realitätsfernen Annahmen der Modelle störten, mussten sich den Vorwurf der „Theoriefeindlichkeit“ gefallen lassen und verloren deutlich an Einfluss. Konsequenz war, dass die Auswirkungen von Institutionen auf individuelles und kollektives Verhalten im allgemeinen und auf die wirtschaftliche Entwicklung im besonderen bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts von der überwiegenden Mehrheit der Ökonomen als ein uninteressantes und unergiebiges Thema angesehen wurden.

Seit den 80er und insbesondere den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich die Situation radikal geändert. Institutionenökonomik ist an vielen Universitäten fester Bestandteil des wirtschaftswissenschaftlichen Curriculums, zahlreiche Lehrbücher wurden publiziert, eine „International Society for the New Institutional Economics“ wurde gegründet und die Weltbank, die sich lange Zeit bei ihren Politikempfehlungen sowohl für Lateinamerika als auch für die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer auf den sogenannten „Washingtoner Konsens“ stützte und institutionellen Fragen wenig Beachtung schenkte, versieht einen ihrer letzten Reports mit dem Titel „Building Institutions for Markets“ (*World Bank* 2002).

Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Institutionen und wirtschaftlicher Entwicklung setzt sich letztlich aus zwei Teilfragen zusammen. Der erste Teil betrifft die Frage, welche institutionellen Arrangements sich über welche Anreizstrukturen positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken („institutional comparison“). Daran schließt sich die Frage an, warum sich derartige Institutionen bisher nur in bestimmten Teilen der Welt durchgesetzt haben und was allgemein die Bestimmungsgründe für die Entwicklung von Institutionen sind („institutional change“).¹

Beginnen wir mit der ersten Teilfrage. Weitgehend Einigkeit scheint darüber zu bestehen, dass klar spezifizierte und durchsetzbare Eigentumsrechte eine wesentliche Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung haben. Eine Abwesenheit von klaren Eigentumsrechten ermöglicht die Externalisierung von Kosten – mit der Konsequenz, dass die privaten Grenzerträge wirtschaftlicher Handlungen von den sozialen Grenzerträgen abweichen und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung behindert wird. Häufig diskutiert wird in diesem Zusammenhang etwa die Bedeutung des Patentschutzes für die wirtschaftliche Entwicklung, der zu einer Annäherung der privaten Ertragsrate von Innovationen an deren soziale Ertragsrate und damit zu einer Förderung gesellschaftlich sinnvoller Innovationen beitragen kann. Ein anderes Beispiel betrifft die Eigentumsrechte bezüglich Grund und Boden. *North* und *Thomas* (1973) haben in ihrer bahnbrechenden Arbeit am Beispiel der Mesta, der Gilde der spanischen Schafhirten, gezeigt, dass die mangelnde Exklusivität von Eigentumsrechten die wirtschaftliche Entwicklung behindern kann. König Alfonso X. gewährte im 18. Jahrhundert den in dieser Gilde zusammengeschlossenen Schafhirten das Recht, ihre Schafe weiden zu lassen, wo sie wollten. Dadurch wurde den Bodenbesitzern jeder Anreiz genommen, langfristige Investitionen in die Qualität der Böden vorzunehmen – sie mussten immer damit rechnen, dass ein Teil der Erträge durch vagabundierende Schafherden zerstört würde. Neben diesem Problem der *Übernutzung* knapper Ressourcen als Folge eines freien Zugangs, das unter dem etwas irreführenden Titel „tragedy of the commons“ Eingang in die Wirtschaftswissenschaften gefunden hat (*Hardin* 1968), wird seit einigen Jahren das symmetrische Problem der „tragedy of the anticommons“ als Entwicklungshemmnis diskutiert. Hierbei entsteht ein Problem der *Unternutzung* knapper Ressourcen, weil mehrere Personen zugleich das Recht haben, andere von der Nutzung dieser Ressourcen auszuschließen.² *Heller* (1998) thematisierte dieses Phänomen erstmals, nachdem er sich mit der Frage auseinandergesetzt hatte, warum in Moskau viele privatisierte Ladengeschäfte leer stehen, während sich in unmittelbarer Nachbarschaft zahlreiche provisorische Kioske etablierten. *Heller* fand den Grund für diese Entwicklung in der starken Fragmentierung der Eigentumsrechte, was zur Folge hatte, dass zu viele Personen beim Verkauf oder bei der Verpachtung der Ladengeschäfte ein Wörtchen mitzureden hatten. Ein ähnliches Problem identifizieren *Heller/Eisenberg* (1998) bei der biomedizinischen Forschung, wo eine Vielzahl sich teilweise überlappender Patente auf Ergebnisse der Grundlagenforschung die Entwicklung nützlicher medizinischer Produkte behindert.

Um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, sind somit Eigentumsrechte erforderlich, die zu einer möglichst weitgehenden Internalisierung der Kosten und Erträge wirtschaftlicher Aktivitäten beitragen. Es reicht aber nicht aus, dass der-

¹ Gute Einführungen in die Thematik finden sich bei *Erlei/Leschke/Sauerland* (1999), Kapitel 9, *Voigt* (2002), Kapitel 5, sowie *Martensen* (2000), insbesondere Kapitel 3.

² Zu einem formalen Nachweis der Symmetrie zwischen „Commons“ und „Anticommons“ vgl. *Buchanan/Yoon* (2000).

artige Eigentumsrechte in den Gesetzbüchern klar spezifiziert sind, sie müssen auch schnell und unbürokratisch durchgesetzt und wirkungsvoll gegen Verletzungen geschützt werden können. Nach Beobachtungen von *de Soto* (2000) wirkt es sich in zahlreichen Entwicklungsländern negativ auf deren wirtschaftliche Entwicklung aus, dass sehr viel Zeit und das Ausfüllen sehr vieler Formulare erforderlich sind, bis ein rechtlich anerkannter Eigentumstitel an Immobilien gewährt wird. Ein Eigentumstitel ist aber erforderlich, um die Objekte beleihen und um ohne große Schwierigkeiten wertsteigernde Transaktionen wie Vermietung und Verpachtung durchführen zu können. Aus diesen Überlegungen und Beobachtungen folgt, dass wirtschaftliche Entwicklung positiv durch die Existenz eines Staates beeinflusst wird, der einerseits stark genug ist, wachstumsfördernde Eigentumsrechte zu garantieren und gegen Verletzungen zu schützen, der andererseits aber auch in der Lage ist, sich selbst zu binden und den Betroffenen glaubwürdig zu versprechen, den Schutz ihrer Eigentumsrechte in Zukunft nicht zwecks Unterstützung irgendwelcher Sonderinteressen einzuschränken. Alternative politische Institutionen lassen sich daraufhin untersuchen, ob sie eine glaubwürdige Selbstbindung des Staates unterstützen oder erschweren.

Abgesehen von der glaubwürdigen Durchsetzung effizienter Eigentumsrechte wird die wirtschaftliche Entwicklung durch eine Vielzahl spezifischer Institutionen positiv beeinflusst, welche die Funktion haben, Transaktionskosten in großen, anonymen Märkten zu senken – indem die Marktparteien dabei unterstützt werden, einen geeigneten Kooperationspartner zu finden, und indem der Abschluss und die Durchsetzung komplexer vertraglicher Vereinbarungen erleichtert werden³ – und den Wettbewerb um geeignete Vertragspartner zu fördern. Fehlen diese Institutionen und besteht kein hinreichendes Vertrauen in die Durchsetzbarkeit von Verträgen mit relativ anonymen Vertragspartnern, so werden nicht alle potentiellen Vorteile der Arbeitsteilung und Spezialisierung ausgenutzt. Es besteht vielmehr ein Anreiz, seine Marktaktivitäten auf einen relativ kleinen Kreis vertrauenswürdiger Personen zu beschränken, Markttransaktionen durch vertikale Integration zu ersetzen oder durch erhöhte Lagerhaltung auf die unzureichende Vertrauenswürdigkeit der Vertragsparteien zu reagieren.⁴

Die zweite Teilfrage, die in dem vorliegenden Sammelband allerdings nur am Rande behandelt wird, betrifft die Bestimmungsgründe institutioneller Entwicklung („institutional change“). Insbesondere ist die Frage von Interesse, warum sich in vielen Teilen der Welt Institutionen verfestigt haben, welche die wirtschaftliche Entwicklung ganz offensichtlich behindern. Institutionenökonomien lehnen Stufen-theorien, die den institutionellen Wandel als Resultat feststehender Entwicklungs-

³ Vgl. im einzelnen *Eger* (1995). *Jones* (1987) sieht insbesondere das Entstehen von Boden- und Arbeitsmärkten als förderlich für das wirtschaftliche Wachstum in Europa im Vergleich zu anderen Teilen der Welt an.

⁴ Zu derartigen Problemen in den Transformationsländern siehe auch *Blanchard/Kremer* (1997), *Stiglitz* (1999) und *Roland* (2000, S. 189 ff.).